

Politische Gewalt und lokales Engagement

Reagieren Männer anders auf Angriffe als Frauen?

Immer häufiger wird die Grenze zwischen politischer Auseinandersetzung und Gewalt überschritten. Beleidigungen, Bedrohungen und tätliche Angriffe gegen Politikerinnen und Politiker nehmen in Deutschland deutlich zu. Besonders auf der lokalen Ebene, wo Politik nah am Menschen stattfindet, wird Engagement riskanter. Diese Entwicklung berührt den Kern der repräsentativen Demokratie. Denn: Wer ist unter diesen Bedingungen noch bereit, Verantwortung zu übernehmen? Und verringert sich womöglich der Frauenanteil in der Politik noch weiter?

Jeyhun Alizade, Fabio Ellger, Marius Grünwald und Thomas Tichelbaecker

Auch männliche Amtsträger sind mit Gewalt konfrontiert; man denke etwa an den 2019 von einem Neonazi ermordeten hessischen CDU-Politiker Walter Lübcke oder an Matthias Ecke, der 2024 beim Anbringen von Wahlplakaten für die SPD in Dresden brutal überfallen und schwer verletzt wurde. Studien aus Großbritannien, Italien und Schweden zeigen aber, dass Politikerinnen häufiger von Gewalt betroffen sind. In Deutschland ist vor allem der Messerangriff auf Henriette Reker, die parteilose Oberbürgermeisterin von Köln, durch einen Rechtsextremen im Jahr 2015 in Erinnerung geblieben. Dieser Angriff steht exemplarisch für eine Vielzahl verbaler und körperlicher Übergriffe, denen Lokalpolitikerinnen hierzulande zunehmend ausgesetzt sind, oft fernab medialer Aufmerksamkeit.

Hat Gewalt gegen Politikerinnen und Politiker spürbare Folgen für politisches Engagement

und für die Repräsentation von Männern und Frauen? Dies ist eine drängende Frage, da Frauen in den deutschen Kommunalparlamenten ohnehin deutlich unterrepräsentiert sind: Mit einem Frauenanteil von lediglich 28,5 Prozent in den lokalen Räten liegt Deutschland leicht unter dem EU-27-Schnitt (28,8 %). Im Vergleich zum Nachbarland Frankreich mit 42,4 Prozent etwa fällt es sogar weit zurück. Inwieweit verstärkt politische Gewalt dieses bereits bestehende Ungleichgewicht zwischen Männern und Frauen? Dieser Frage gingen wir in einer neu publizierten Studie nach. Im Mittelpunkt steht dabei die lokale Ebene. Hier tritt politische Gewalt besonders häufig auf; politische Beteiligung aber hängt gerade hier stark von freiwilligem Engagement ab.

Unsere Untersuchung verbindet zwei empirische Zugänge: Wir analysierten für mehr als 2.000 Gemeinden den Zusammenhang zwi-



Die Kölner Oberbürgermeisterin Henriette Reker wurde 2015 bei einem politisch motivierten Attentat schwer verletzt – noch vor ihrem Amtsantritt. Für das Gruppenselkie posierte sie im März 2016. Foto: © Theodor Barth/laif, alle Rechte vorbehalten.

schen Angriffen auf Politikerinnen und Politiker und dem Anteil weiblicher Kandidaturen bei Kommunalwahlen. Diese Beobachtungsdaten ergänzten wir durch Umfrageexperimente, in denen wir Bürgerinnen und Bürger über die steigende Gewalt gegen Politikerinnen und Politiker informierten und fragten, wie sich dies auf politische Ambitionen und die Bereitschaft zum Engagement auswirkt.

„Wir analysierten für mehr als 2.000 Gemeinden den Zusammenhang zwischen politischer Gewalt und dem Anteil weiblicher Kandidaturen“

Ausgehend von bestehender Forschung formulierten wir Hypothesen darüber, wie politische Gewalt auf politische Ambitionen und Repräsentation wirken könnte. Wir gingen davon aus, dass ein gewalttätiges politisches Umfeld abschreckend wirkt und dazu führt, dass sich Menschen seltener um politische Ämter bemühen. Wir erwarteten auch, dass dieser abschreckende Effekt besonders bei Frauen ausgeprägt ist, da sie überproportional häufig von Beleidigungen, Bedrohungen und Angriffen betroffen sind. Politische Gewalt könnte also bestehende Geschlechterunterschiede in politischer Ambition verstärken und sich langfristig auch in der Zusammensetzung politischer Gremien niederschlagen.

Die Auswertung der Kandidierendenlisten bei Kommunalwahlen jedoch bietet eine Überraschung. Es zeigt sich nämlich kein systematischer Zusammenhang zwischen Angriffen auf Politikerinnen und Politiker und dem Anteil von Frauen auf den Wahllisten in den betroffenen Gemeinden. Weder eine höhere Anzahl noch die Schwere politisch motivierter Angriffe führen zu einem Rückgang weiblicher Kandidaturen. Selbst dort, wo es zu besonders gravierenden Übergriffen gekommen ist, lässt sich kein Rückzug von Frauen aus der lokalen Parteipolitik beobachten. Die Repräsentation von Frauen auf kommunaler Ebene erweist sich gegenüber einem zunehmend konflikthaften politischen Umfeld als erstaunlich stabil.

Ergänzend zur Analyse der Kandidierendenlisten untersuchten wir in einem zweiten Schritt, wie politische Gewalt auf individueller Ebene wahrgenommen wird und welche Folgen das für politische Ambitionen haben kann. In Online-Befragungen konfrontierten wir unterschiedliche Stichproben von Bürgerinnen und Bürgern mit Informationen über zunehmende Gewalt gegen kommunale Politikerinnen und Politiker. Eine zufällig ausgewählte Hälfte der Befragten erhielt ausschließlich allgemeine Informationen über Aufgaben und Bedeutung lokaler Politik, während die andere Hälfte zusätzlich über den Anstieg politisch motivierter Angriffe informiert wurde.

„Selbst dort, wo es zu besonders gravierenden Übergriffen gekommen ist, lässt sich kein Rückzug von Frauen aus der lokalen Politik beobachten“

Anschließend erfassten wir verschiedene Dimensionen politischer Beteiligungsbereitschaft, darunter die Bereitschaft, selbst für ein kommunales Mandat zu kandidieren, und die allgemeine Bereitschaft zum politischen Engagement vor Ort. Ausgehend von unseren theoretischen Erwartungen analysierten wir die Ergebnisse getrennt für Frauen und Männer, um mögliche Unterschiede systematisch zu vergleichen. Da politisches Interesse eng mit der Wahrscheinlichkeit einer späteren Kandidatur verbunden ist, analysierten wir Personen mit hohem und niedrigem politischen Interesse separat.

Die Ergebnisse unserer Experimente mit politisch interessierten Bürgerinnen und Bürgern – also jener Gruppe, die am ehesten für eine Kandidatur infrage kommt – zeichnen ein differenziertes Bild. Auch hier ließ sich der Effekt nicht nachweisen, dass Informationen über zunehmende Gewalt Frauen stärker abschrecken würden. Weder die Bereitschaft zur Kandidatur noch das Interesse an weiterführenden Informationen zum Wahlprozess sanken bei den weiblichen Befragten signifikant.

Allerdings fanden wir einen Effekt, mit dem wir nicht gerechnet hatten: Bei Männern führte

in der Gruppe mit hohem politischen Interesse die Konfrontation mit Gewaltstatistiken dazu, dass ihre allgemeine Bereitschaft zum politischen Engagement sank. Dieser Effekt ist so deutlich, dass er die bestehende Gender-Lücke beim Engagement eher verringert: Männer ziehen sich zurück, während bei Frauen die Bereitschaft für politisches Engagement stabil bleibt.

„Männer ziehen sich zurück, während bei Frauen die Bereitschaft für politisches Engagement stabil bleibt“

Dabei ist wichtig zu betonen, dass dies nicht an mangelnder Information lag: Die Befragten beider Geschlechter nahmen die Bedrohungslage ernst und gaben nach der Information über den Anstieg der politischen Gewalt eine deutlich höhere subjektive Risikowahrnehmung an. Ein besorgniserregender Befund zeigt sich jedoch bei Frauen mit geringem politischem Interesse. In dieser Gruppe deutet sich an, dass politische Gewalt tatsächlich abschreckend wirkt. Dies weist auf ein potenzielles „Pipeline-Problem“ hin: Gewalt könnte Frauen davon abhalten, sich überhaupt um ein Amt zu bewerben. Damit würde also die zweite Reihe fehlen, aus der neue Engagierte gewonnen werden könnten.

Doch warum reagieren, jedenfalls in unserer Umfrage, ausgerechnet politisch interessierte Männer sensibler auf die Bedrohung durch Gewalt als Frauen? Die Forschung legt nahe, dass hier zwei psychologische und soziologische Faktoren eine entscheidende Rolle spielen können. Erstens die instrumentelle Motivation: Männer entscheiden sich häufiger aufgrund einer strategischen Kosten-Nutzen-Abwägung für ein politisches Amt. Sie prüfen genau: Lohnt sich der Aufwand im Verhältnis zum Ertrag? Wenn das persönliche Risiko durch Gewalt und Anfeindungen steigt, verschlechtert sich diese Bilanz. Die Folge: Sie ziehen sich eher aus dem politischen Prozess zurück.

Zweitens zeigt sich die Widerstandsfähigkeit schon vor der Kandidatur: Da Frauen in der Politik noch immer mit Vorurteilen und größeren Hindernissen konfrontiert sind, findet schon

früh eine Auslese statt. Nur Frauen mit einer besonders hohen Resilienz entscheiden sich überhaupt für diesen Weg. Diese Gruppe ist bereits so abgehärtet, dass sie sich von steigender Gewalt weniger leicht abschrecken lässt als Männer, deren politischer Aufstieg oft reibungsärmer verlaufen ist.

Männer dominieren also weiterhin das Bild in der deutschen Kommunalpolitik. In den Stadt- und Gemeinderäten liegt der Frauenanteil bei unter 30 Prozent, in etwa neun von zehn deutschen Rathäusern regiert ein Mann. Die Befürchtung aber, dass die zunehmende psychische, verbale und physische Gewalt Frauen noch weiter aus der kommunalen Politik verdrängen könnte, wird durch unsere Ergebnisse nicht bestätigt.

„Anfeindungen können bei Frauen als Katalysator für ein Engagement wirken, das auf Kooperation statt auf Konfrontation setzt“

Aktuelle Forschungsergebnisse lassen sogar vermuten, dass politische Bedrohungen bei Frauen eine Gegenreaktion auslösen können, dass sie also den Wunsch nach einer sachlichen politischen Kultur noch verstärken. Anstatt abzuschrecken, wirken Anfeindungen hier oft als Katalysator für ein Engagement, das gezielt auf Kooperation statt auf Konfrontation setzt.

Diese erstaunliche Resilienz der Frauen darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Status quo bei der Geschlechtergerechtigkeit unbefriedigend ist. Eine lebendige Demokratie darf außerdem nicht zur Voraussetzung machen, dass ihre Repräsentantinnen und Repräsentanten über eine außergewöhnliche Risikobereitschaft verfügen; politische Teilhabe muss für alle Bürgerinnen und Bürger ohne Angst möglich sein. Um dieses Ideal zu schützen, ist es unerlässlich, staatliche Strukturen und zivilgesellschaftliche Hilfsangebote weiter zu stärken. Betroffene Mandatsträger sollten daher gezielt Unterstützung in Anspruch nehmen, zum Beispiel von Initiativen wie „Stark im Amt“ der deutschen Lokalpolitikverbände und der Körber-Stiftung oder Beratungsleistungen von NGOs wie dem Verband der Beratungsstel-

len für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt (VBRG) und dem Bundesverband Mobile Beratung (BMB). Der Schutz unserer politischen Repräsentantinnen und Repräsentanten ist keine reine Sicherheitsfrage. Er ist die Grundvoraussetzung für eine vielfältige und wehrhafte Demokratie. ●

Jeyhun Alizade *forscht zu Migration, Kriminalität, Extremismus und politischem Verhalten. Er ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am WZB in der Abteilung Migration, Integration, Transnationalisierung. jeyhun.alizade@wzb.eu*

Fabio Ellger *ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Transformationen der Demokratie. Sein Interesse gilt der Vergleichenden Politikwissenschaft und dem politischen Verhalten in etablierten Demokratien. fabio.ellger@wzb.eu*

Literatur

Alizade, Jeyhun/Ellger, Fabio/Grünwald, Marius/Tichelbaecker, Thomas: „Does Political Violence Undermine Descriptive Representation? The Case of Women in Politics“. In: *European Journal of Political Research*, 2025, 64, S. 2106–2121. DOI: 10.1111/1475-6765.70017.

Collignon, Sofia/Campbell, Rosie/Rüdiger, Wolfgang: „The Gendered Harassment of Parliamentary Candidates in the UK“. In: *The Political Quarterly*, 2022, Jg. 93, H. 1, S. 32–38. DOI: 10.1111/1467-923X.13070.

Håkansson, Sandra „Do Women Pay a Higher Price for Power? Gender Bias in Political Violence in Sweden“. In: *The Journal of Politics*, 2021, Jg. 83, H. 2, S. 515–531.

Marius Grünwald *forscht am European University Institute im Department of Economics zu den Themen Finanzen und Gesellschaft sowie Ungleichheit, Wohlfahrt und soziale Gerechtigkeit. marius.gruenewald@eui.eu*

Thomas Tichelbaecker *Forschungsschwerpunkte sind unter anderem politische Polarisierung sowie die Zusammensetzung und Entstehung politischer Eliten. Er ist Postdoktorand im Projekt „Vermächtnisse demokratischer Transformationen“ an der TU Chemnitz. thomas.tichelbaecker@phil.tu-chemnitz.de*

Mahler Walther, Kathrin/Lukoschat, Helga: *Bürgermeisterinnen und Bürgermeister in Deutschland 30 Jahre nach der Wiedervereinigung: Ergebnisse einer repräsentativen Befragung. EAF Diversity in Leadership: Berlin 2020. Online: www.eaf-berlin.de/fileadmin/eaf/Publikationen/Dokumente/2020_EAF_Berlin_Mahler-Walther_Studie_BuergermeisterInnen_Ost_West.pdf. (Stand 18.02.2026).*

Pate, Jennifer/Fox, Richard: „Getting Past the Gender Gap in Political Ambition“. In: *Journal of Economic Behavior & Organization*, 2018, H. 156, S. 166–183. DOI: 10.1016/j.jebo.2018.10.002.